

Freiheit ist unbequem – aber überzeugend

Verfassungsrechtler Paul Kirchhof über Chancen und Aufgaben der demokratischen Bürgergesellschaft

Von Daniel Bräuer

Heidelberg. Stell dir vor, es ist Demokratie, und keiner geht hin. Einer der größten Vorzüge einer freiheitlichen Gesellschaft ist zugleich eine ihrer größten Schwächen. So macht es Paul Kirchhof (Foto: Rothe) beim



Jahresempfang der Bürgerstiftung Heidelberg deutlich. „Die Freiheit ist ein Angebot des Staates, das man nicht annehmen muss.“ Und doch lebt der Staat eben davon, dass ausreichend Bürger dies tun, ohne dass er sie dazu zwingen könnte.

Beispiel Arbeit: Es gibt keine Arbeitspflicht; aber wenn niemand mehr arbeiten geht, bricht die Wirtschaft zusammen. Beispiel Familie: Niemand muss Kinder kriegen; aber wenn es niemand mehr tut, brechen die Sozialsysteme ein, fehlen die Pfleger, Ingenieure, Erfinder, Steuerzahler der Zukunft. Beispiel Wahlrecht: Wenn niemand es nutzt, wäre die Politik mangels Legitimation so-

fort handlungsunfähig. „Der Staat wäre an seiner eigenen Freiheit gescheitert“, sagt Kirchhof. „Die freiheitliche Gesellschaft gibt die Zukunft in die Hand der freien Bürger in der Erwartung, dass sie sich beteiligen“, so Kirchhof.

Der ehemalige Richter am Bundesverfassungsgericht ist nicht nur zu den in der Bürgerstiftung versammelten Spendern und Engagierten gekommen, um sie zu loben („Wenn das Ehrenamt produktiv ist, ist das eine besonders sinnstiftende Tätigkeit.“). Sondern auch für eine schonungslose Analyse der Zeitläufte. Und es wäre ein leichtes, angesichts der vielen Probleme, die er skizziert, mit einer pessimistischen Haltung aus der schmuckten Alten Aula herauszukommen.

Da ist die Bürokratie – eigentlich eine sinnvolle Erfindung, die sachkundige und neutrale Verwaltungsentscheidungen ermöglichen soll. Doch mit ihrem heutigen „Perfektionsdrang“, warnt Kirchhof, nimmt sie mit all ihren Antrags-, Nachweis- und Aufbewahrungspflichten dem freien Bürger die Luft zum Atmen. Da ist die Inflation, die den Sparer schleichend enteignet. Die niedrige Geburten-

rate. Die steigende Schuldenlast. Und letztlich ein Staat, der sich in Corona-Zeiten zum Generalversicherer aufgeschwungen und damit Ansprüche geweckt hat, denen er auf Dauer nicht gerecht werden kann. „Wir müssen dringend umsteuern“, mahnt Kirchhof, der einmal Finanzminister hätte werden können, aber als von Schröder geschmähter „Professor aus Heidelberg“ in Erin-



nerung blieb. „Wir müssen konsolidieren. Aber Nichtverschuldung ist schwierig, weil der Bürger vom Staat immer mehr will.“ Wo doch eigentlich im Wortsinn die Bürger es sind, die zur Verteidigung ihrer Burg willens und fähig sind – oder auf heute übertragen: Die ihrem Staat etwas geben und bereit sind, ihre Freiheit aktiv für das Gemeinwesen einzusetzen.

Genau darin sieht Kirchhof, bei aller Skepsis, die große Hoffnung. „Wir haben alle Chancen, wenn wir eine Bürgergesellschaft sind, in der jeder die Freiheiten nutzt, die Chancen und Risiken selber trägt“, sagt er. „Die freiheitlich-demokratische Staatsform ist die schwierigste, die anspruchsvollste, die es gibt“. Aber eben auch, angesichts der Alternativen, die beste. Sie erlaubt nur Macht auf Zeit, ganz anders als die autoritären Regierungsformen, die derzeit um sich greifen. „Der Mächtige ist dem Staatsvolk verantwortlich, das Volk kann ihn ablösen. Wir sind nicht der Willkür der Mächtigen ausgeliefert.“ Den Beweis, dass ein alles regelnder Staat ohne Freiheiten scheitern wird, hat die deutsche Geschichte erst vor 35 Jahren erbracht.

Dem AfD-Wähler, der in seinem Hörsaal säße, würde er sich deshalb besonders widmen, sagt er. „Unser Konzept der Freiheit ist so überzeugend“, betont Kirchhof. „Sprechen wir mit ihnen!“ Und gibt den Zuhörern in der Aula eine kleine Aufgabe mit: „Jeder sollte sich am Ende des Monats fragen: Habe ich einen vom Wert der freiheitlichen Demokratie überzeugt?“